

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten  
betreffend**

**1.500-Euro-Mindestlohn im Verantwortungsbereich des Landes Oberösterreich**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Oö. Landtag möge beschließen:**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, umgehend einen flächendeckenden Mindestlohn für sämtliche Dienstverhältnisse auf Vollzeitbasis von mindestens 1.500 Euro monatlich in allen Verantwortungsbereichen des Landes Oberösterreich, also dem Landesdienst, den landeseigenen Betrieben und Einrichtungen, der Landesholding und ihren Unternehmungen sowie allen anderen Unternehmungen, die zumindest mehrheitlich im Eigentum des Landes Oberösterreich durchzusetzen.

### **Begründung**

Laut einer Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer vom 13. September 2017 gibt es in drei Unternehmen und Betrieben der Oö. Landesholding Vollzeit-Dienstverhältnisse mit einer Entlohnung von weniger als 1.500 Euro brutto pro Monat. 3 Angestelltenverhältnisse und 103 Arbeiterinnen- und Arbeiterverhältnisse sind unter dieser – von den Sozialpartnern beschlossenen – Mindestlohngrenze im Verantwortungsbereich des Landes Oberösterreich aufrecht. Diese Zu-Niedrig-Entlohnung von Vollzeitarbeitern ist aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten ein Missstand im Land Oberösterreich. Dieser Missstand muss unverzüglich korrigiert werden, indem die Entlohnung der betroffenen 106 Personen zumindest auf ein monatliches Gehalt von 1.500 Euro brutto angehoben wird. Bei der Beschäftigung von Teilzeitkräften ist deren Mindestentlohnung aliquot zu einem monatlichen Gehalt von 1.500 Euro für Vollzeitkräfte anzupassen. Dadurch wird wirksam Armut und Armutsgefährdung bekämpft. Das Land Oberösterreich trägt als größter öffentlicher Arbeitgeber in unserem Bundesland hier eine besondere Verantwortung und muss der Wirtschaft einen Schritt vorausgehen, um glaubhaft für gerechte Entlohnung auch bei den kommerziellen Unternehmen in unserem Land eintreten zu können.

Linz, am 9. Oktober 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Schaller, Rippl, Promberger, Bauer, Binder, Krenn, Peutlberger-Naderer, Müllner, Weichsler-Hauer, Punkenhofer**